

TSV-Heim, 29.03.2010, 18:30 Uhr

"Zwei Jahre Schünemann – Abschiebe- oder Integrationsminister?"

Diese Frage haben wir versucht, mit Klaus-Peter Bachmann MDL, Sprecher des SPD – Arbeitskreises für Integration im NDL, zu klären. Nach zweistündiger Diskussion sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass Minister Schünemann wohl doch eher ein Abschiebeminister ist.

Schünemann will Massenabschiebungen für Roma aus dem Kosovo organisieren. Laut seinem Ministerium wäre der Kosovo befriedet und die Roma könnten, gefahrlos, in den Kosovo zurückkehren. Das Niedersächsische Innenministerium steht mit seiner Einschätzung der Lage allerdings ziemlich einsam dar. Selbst die EU Kommission kommt zu dem Schluss, dass die Roma im Kosovo Repressionen zu erwarten hätten, genau wie in Bulgarien, Rumänien usw.

Weiterhin scheut sich Schünemann nicht, Familien auseinander zu reißen. 2006. z.B. hat er es fertig gebracht, eine schwangere Frau in die Türkei abzuschicken, während ihr Ehemann mit zwei anderen Kindern hier bleiben durfte. Der Grund war: Die Familie der Frau, Kurden, sind aus dem Libanon vor dem Bürgerkrieg geflohen. Der Vater hat damals nicht angegeben, dass sie noch entfernte Verwandte in der Türkei haben. Die Frau hat hier über 18 Jahre in Deutschland gelebt. Jetzt wurde Sie nachträglich als Türkin "umdefiniert" und in die Türkei abgeschoben. Sie hat, bis heute, ihre beiden Kinder und ihren Mann nicht wieder gesehen. Und ihr Mann und die beiden Kinder hier in Deutschland haben ihre Frau/Mutter und ihr kleines Geschwisterchen seitdem nicht mehr gesehen. Ihr Mann lebt übrigens nicht von Hartz IV, sondern geht hier einer regulären Arbeit nach. Das soll nur ein Beispiel sein. Diese Art von Abschiebep Praxis ist, seit die CDU in Niedersachsen an der Regierung ist, leider gängige und oft durchgeführte Abschiebep Praxis. Das ist unmenschlich und einem demokratischen Land wie Deutschland nicht würdig. Weiterhin diffamiert und verleumdet er Asylsuchende. Er belügt dabei sogar das Kabinett und ist sich keiner Schuld bewusst. Sogar Ministerpräsident Wulff wird es langsam zu viel. Er pfeift seinen Innen(Abschiebe)minister immer öfter zurück. Auch vielen seiner Fraktionskollegen wird es langsam mulmig. Sie müssen das ganze schließlich zu Hause, ihren Kirchenvertretern und den Wohlfahrtsverbänden, erklären. Und diese verurteilen diese Art der Abschiebep Praxis.

Weitere Kritikpunkte:

- 2003 wurden die Mittel für den Landesflüchtlingsrat, komplett, gestrichen.
- Die Härtefallkommission ist nicht ausreichend besetzt. Eine, notwendige, 2/3 Mehrheit ist nicht zu erreichen.

- Schünemann hatte verdachtsunabhängige Kontrollen vor Moscheen durchführen lassen. Man stelle sich vor, man kommt am Sonntag aus der Kirche und wird dann von der Polizei kontrolliert, weil man in der Kirche war. Er musste diese Kontrollen, aus verfassungsrechtlichen Gründen, und erst auf erheblichen Druck der SPD-, FDP-, Linken und Grünen fraktionen, einstellen lassen. Auch der Druck aus den eigenen Reihen war nicht unerheblich, einschließlich von Wulff.
- Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, das Fördermittel nur den Organisationen genehmigt werden, die Schünemann das Wort reden und ihm genehm sind.
- Seine Integrationsbeauftragte, Frau Dehimi, erweckt eher den Eindruck einer PR-Beraterin von Schünemann.
- Diese Liste ließe sich noch beliebig verlängern.

Einige wichtige Forderungen der SPD:

- Wir brauchen eine bundesweite Bleiberechtsregelung. Familien, deren Kinder hier geboren wurden und die sozialisiert und gut integriert sind, müssen eingebürgert werden.
- Abschaffung des Optionszwangs
- Einführung von Türkisch als zweite Fremdsprache an Gymnasien und als Wahlfach an den anderen Schulen.
- Keine Massenabschiebungen.
- Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer aus Drittstaaten.
- Zulassung von Mehrstaatlichkeit.
- Mitgebrachte Qualifikationen müssen anerkannt werden. Nötigenfalls die Möglichkeit geben, fehlende Punkte nachzuqualifizieren.
- Mehrsprachigkeit ist ein Schlüssel zur Integration. Die Ausdünnung des muttersprachlichen Unterrichts muss gestoppt werden.
- Imame für die Moscheen müssen in Deutschland ausgebildet werden.
- Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in die Verwaltungen und Institutionen.

Für eine neue, zukunftsfähige Gesellschaft in Deutschland brauchen wir ein tragfähiges Konzept. für eine erfolgreiche Integrationsarbeit. Dafür wollen wir uns einsetzen.